

Entwurf
33. Sitzung des Jugendkreistages
des Landkreises Dingolfing-Landau

N i e d e r s c h r i f t
über die 33. Sitzung des Jugendkreistages
des Landkreises Dingolfing-Landau
am Dienstag, den 20. Dezember 2011, 8.30 Uhr
im Großen Sitzungssaal des Landratsamtes in Dingolfing

N i e d e r s c h r i f t
über die 33. Sitzung des Jugendkreistages
des Landkreises Dingolfing-Landau
am Dienstag, den 20. Dezember 2011, 8.30 Uhr
im Großen Sitzungssaal des Landratsamtes in Dingolfing

Anwesend: Vorsitzender
Landrat
die Kreisräte
CSU
SPD
ÖDP/Aktive Bürger
FW

Heinrich Trapp

Hans Brennsteiner
Christine Trapp
Ingrid Ast
Josef Beer

Gymnasium Dingolfing

Maxi Huber
Henrik Lutz
Niklas Chryssikos
Stefan Steinberger
Katrina Gillig
Lisa Feuchtgruber
Maria Brennsteiner
Nina Eberl
Melanie Ast
Denise Wieslhuber

Gymnasium Landau

Saskia Helmstedt
Benedikt Bauer
Korbinian Tremmel
Moritz Glükher
Elisabeth Danner
Anton Huber
Anne Glück
Severin Forstner
Jessica Tögl
Jana Pfeifer

Realschule Dingolfing

Lisa Kloss
Michael Spanner
Florian Schwimmbeck
Lucas Fellner
Patryk Ploschka
Markus Greitl
Benedikt Kappelmeier
Manne Bergmoser
Michael Janker
Michael Scheiter

Realschule Landau	Stefanie Hemauer Johannes Rembeck Viola Bethge Gina Köllmer Philipp Mochti Felix Emminger Stefan Schrettenbrunner Jonas Arbinger Nina Kroll Andreas Freilinger
Realschule Niederviehbach	Roman Pollner Nico Habermüller Tobias Wittmann Miriam Koch Paul Wick Johannes Amann Josef Baierl Simone Holbinger
Berufsschule Dingolfing	Noufal Adam Zelina Stolz Nina Huber
Mittelschule Frontenhausen	Nicolai Stelich
Mittelschule Landau	Tobias Baumgartner
Mittelschule Niederviehbach	Franz Gruber
Mittelschule Reisbach	Alex Meier
Mittelschule Pilsting	Dominik Duschl
Herzog-Georg-Schule Dingolfing	Stefan Schütz

Ferner sind anwesend: Johann Kerscher, geschäftsleitender Beamter, Andreas Wimbauer, Kreiskämmerer, Armin Grassinger, Hochbauabteilung, Anton Ritter, Leiter des SG Soziales und Senioren, Dagmar Kraus, Sachgebiet Schülerbeförderung, Schulrat Pielmeier, PHK Lehner, Polizeiinspektion Dingolfing

Die Sitzung ist öffentlich, Beginn 8.40 Uhr

Landrat Trapp eröffnet die Sitzung und stellt die Anwesenheit und Beschlussfähigkeit fest.

Er begrüßt die Jugendlichen sowie die anwesenden Lehrerinnen und Lehrer zum 33. Jugendkreistag. Außerdem begrüßt er die Vertreter der Presse.

Landrat Trapp stellt die Mitarbeiter des Landratsamtes und die Vertreter der Fraktionen am Podium vor.

Gegen die Tagesordnung erheben sich keine Einwände.

Tagesordnung:

1. Allgemeine Informationen
2. Übernahme der gesamten Kosten für das Mittagessen bedürftiger Schüler (Antrag Herzog-Georg-Schule Dingolfing)
3. Betriebszeitenregelung im Atrium (Antrag Gymnasium Dingolfing)
4. Photovoltaik auf Schuldächern
- Zweckgebundene Verwendung der Erlöse
5. Öffentlicher Personennahverkehr
- 5.1. Antrag des Gymnasiums Landau auf Änderung der Discobuslinie: Fahrt von Landau nach Dingolfing (Atrium)
- 5.2. Problematik von überfüllten Schulbussen, besonders in den Wintermonaten (Antrag Herzog-Georg-Schule Dingolfing)
- 5.3. Busverbindungen Dingolfing-Frontenhausen (Antrag Gymnasium Dingolfing)
6. Breitbandverbindung/Internet im Landkreis (Antrag Gymnasium Dingolfing)
7. Antrag auf Bau einer Turnhalle für die Herzog-Georg-Schule
8. Rechtsradikalismus im Landkreis
- 8.1. Erfahrungsberichte
- 8.2. Diskussion
9. Ausstattungswünsche für Schulen:
 - 9.1. Antrag Gymnasium Landau
 - 9.2. Anträge Hans-Glas-Berufsschule Dingolfing
 - 9.3. Raucherecke (Antrag Hans-Glas-Berufsschule Dingolfing)
10. Anfragen, Anregungen

1. Allgemeine Informationen

Landrat Trapp erklärt die Regeln für den Jugendkreistag. Die rote Stimmkarte berechtige die 60 Jugendkreisräte zur Abstimmung. Es könne nur mit ja oder nein gestimmt werden, Enthaltungen gäbe es nicht. Die Wortmeldungen erfolgen per Handzeichen. Es werde gebeten, für das Protokoll bei jeder Wortmeldung den Namen zu nennen. Sofern jemand mit dem Verlauf der Beratungen nicht einverstanden sei, könne ein Antrag zur Geschäftsordnung gestellt werden. Dazu sollen beide Hände gleichzeitig gehoben werden. Ein Geschäftsordnungsantrag könne lauten auf sofortige Abstimmung, auf Schluss der Debatte oder Ende der Rednerliste. In den ersten beiden Fällen würden sämtliche Wortmeldungen entfallen. Bei einem Antrag auf Schluss der Rednerliste könnten alle, die sich bis dahin gemeldet haben, ihren Beitrag noch bringen. Landrat Trapp bittet die Antragsteller, bei Aufruf der einzelnen Tagesordnungspunkte dazu Stellung zu nehmen.

2. Übernahme der gesamten Kosten für das Mittagessen bedürftiger Schüler (Antrag Herzog-Georg-Schule Dingolfing)

Stefan Schütz, Herzog-Georg-Schule, beantragt, dass der Landkreis die Kosten für das Mittagessen von bedürftigen Schülern übernimmt.

Herr Ritter, Sozialabteilung, erläutert, der Gesetzgeber habe im Frühjahr ein Bildungs- und Teilhabepaket für bedürftige Menschen und deren Kinder in Kraft gesetzt. Unter anderem bestünde auch die Möglichkeit, die Kosten des Mittagessens zu übernehmen. Berechtigte Personen seien hauptsächlich Sozialhilfeempfänger, Personen, die eine Grundsicherung (Hartz IV), Wohngeld oder den sog. Kinderzuschlag erhalten. Allerdings sei eine Eigenbeteiligung von 1 Euro pro Essen vorgesehen, da in den sog. Regelleistungen das Essen ja mit eingerechnet sei. Dieser Eigenanteil müsse von der Sozialleistungsstelle in Abzug gebracht werden und könne nur als freiwillige Leistung des Landkreises übernommen werden.

Derzeit seien in den landkreiseigenen Schulen 10 Familien betroffen, davon 6 in der Förderschule Dingolfing.

Saskia Helmstedt, Gymnasium Landau, und Hendrik Lutz, Gymnasium Dingolfing, sprechen sich für eine Unterstützung als freiwillige Leistung des Landkreises aus.

Landrat Trapp gibt zu bedenken, es gehe hier um eine Grundsatzentscheidung.

Maria Brennsteiner, Gymnasium Dingolfing, wirft die Frage auf, ob es einen Förderverein gibt, der die Kosten übernehmen könnte.

Landrat Trapp würde darin ebenfalls eine Möglichkeit sehen.

1) **B e s c h l u s s :**

Der Landkreis Dingolfing-Landau wird gebeten, die Gesamtkosten für das Mittagessen bedürftiger Schüler an den Landkreisschulen zu übernehmen.

Abstimmungsverhältnis: 55/55/0

Der Antrag ist angenommen

3. **Betriebszeitenregelung im Atrium (Antrag Gymnasium Dingolfing)**

Maria Brennsteiner, Gymnasium Dingolfing, stellt die Frage, wie es zu der auf 3 Uhr verkürzten Sperrstunde gekommen sei.

Landrat Trapp führt hierzu aus, in Bayern könnten Gaststätten bis 5 Uhr geöffnet werden. Einschränkungen gäbe es dann, wenn es zu Ruhestörungen komme oder sich der Betriebsinhaber nicht an bestimmte Regelungen halte. Im Fall des Atriums sei der Hauptgrund für die Verkürzung der Sperrzeit gewesen, dass es seit der Übernahme durch den neuen Geschäftsführer zu einer Häufung von Straftaten im Umfeld der Disko gekommen sei. Die Polizei habe das Landratsamt gebeten, hier einzuschreiten.

Landrat Trapp bittet Polizeihauptkommissar Lehner, die Situation aus Sicht der Polizei darzustellen.

Wie **PHK Lehner** erläutert, sei es eine Aufgabe der Polizei, die Kriminalität zu beobachten. Großteils liegen Veränderungen in einem Bereich von +3 bis -3 und damit im Rahmen. Bei einem Anstieg um +125 % würden aber die Alarmglocken schrillen.

Eine genauere Untersuchung habe ergeben, dass 2/3 der hinzugekommenen Straftaten im Umfeld der Diskothek Atrium stattfanden und hier gehäuft in der Zeit zwischen 3 Uhr und 6 Uhr morgens. Dies sei aus Sicht der Polizei nicht hinnehmbar, da auch immer Opfer dahinterstünden. Es gehe hierbei um das Delikt „gefährliche Körperverletzung auf

öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen“ und nicht um Sachbeschädigungen, wie brennende Mülltonnen, umgeworfene Parkbänke etc. Oft würden mehrere Angreifer auf einen am Boden Liegenden einschlagen und die Folge sei immer ein Krankenhausaufenthalt gewesen.

Nina Eberl, Gymnasium Dingolfing, wirft ein, durch die Schließung der Disko um 3 Uhr entstünde das totale Chaos. Die ganze Masse der Diskobesucher würde auf einmal nach draußen drücken und sich dann dort versammeln.

Jessica Tögl, Gymnasium Landau, pflichtet dem bei. Die unter 18jährigen müssten auf die Ausgabe ihrer Ausweise warten. In diesem Zeitraum käme es auch zu Aggressionen und damit zu Schlägereien.

Denise Wieslhuber, Gymnasium Dingolfing, bemängelt die schlechte Organisation. Eine einzige Person habe die Ausweise für 500 Leute ausgeteilt. Dabei sei es wieder zu Schlägereien gekommen.

Nina Eberl, Gymnasium Dingolfing, kritisiert, dass die Polizei zwar da gewesen, aber trotz der Massenpanik nicht eingegriffen habe.

Laut **PHK Lehner** habe es sich aus polizeilicher Sicht nicht um eine Massenpanik gehandelt. Er selbst sei am Freitag an der Disko gewesen. Offensichtlich habe der Betreiber Probleme mit der Aushändigung der Ausweise gehabt, diese aber augenscheinlich bewusst provoziert, indem die Ausweise nach Betriebszeitenende ohne System ausgegeben wurden. Die Situation sei natürlich aufgrund des Gedränges und der Kälte unangenehm gewesen. Einen Vorwurf an die Polizeiinspektion sehe er darin nicht, da es sich hier eindeutig um eine Aufgabe des Diskobetreibers handle. Dieser sei auch verantwortlich für das geordnete Verlassen des Lokals. Die Polizei werde keine Ausweise sortieren und aushändigen.

Severin Forstner, Gymnasium Landau, ist sich bewusst, dass die Polizei nicht für die Ausweise zuständig ist. Aber für Sicherheit zu sorgen wäre doch die Hauptaufgabe.

Landrat Trapp gibt zu bedenken, dass laut Aussagen der Polizei die Sicherheit nicht mehr gewährleistet werden könne, wenn es an mehreren Stellen Vorkommnisse gäbe. Er betont, es hätten mehrere Gespräche mit dem Betreiber stattgefunden und dieser sei immer wieder aufgefordert worden, geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Situation zu ergreifen, sei es in Bezug auf den Sicherheitsdienst oder Ausschankbeschränkungen. Der Geschäftsführer habe aber nichts unternommen, um eine Eskalation zu verhindern. So sei es kein Problem, kurz vor Schluss noch eine Flasche Wodka zu bekommen.

Denise Wieslhuber, Gymnasium Dingolfing, ist der Ansicht, der Umgang mit Alkohol hänge von der Einstellung ab. Wenn sich jemand „zusaufen“ möchte, könne er dies unabhängig von der Uhrzeit.

Eine Schülerin des **Gymnasiums Dingolfing** vertritt die Auffassung, der Betreiber sei nicht verantwortlich dafür, wenn draußen Leute schlägern.

Dieser Ansicht widerspricht **Landrat Trapp**. Der Sicherheitsdienst habe die Verpflichtung, auch vor dem Lokal für Ordnung zu sorgen. Schließlich verdiene der Diskobetreiber Geld damit und müsse die Sicherheit gewährleisten. Natürlich könne nicht jede Straftat verhindert werden. Aber in der Umgebung dieser Disko seien die Zahlen signifikant hoch.

Maria Brennsteiner, Gymnasium Dingolfing, interessiert, wie sicher oder unsicher das Atrium im Vergleich zu anderen Diskotheken dieser Größenordnung ist.

PHK Lehner antwortet, es gäbe keine vergleichbare Diskothek. Ein Vergleich mit einer Diskothek in Aicha oder Regensburg sei auch nicht möglich, da Statistiken immer genau am Tatort niederschlagen. Hier sei die Steigerung der Straftaten festzustellen gewesen.

Nach Ansicht von **Maria Brennsteiner, Gymnasium Dingolfing**, sind durch die Sperrzeitverkürzung neue Probleme geschaffen worden. Jugendliche würden nicht um 3 Uhr nach Hause gehen.

Sie will wissen, ob es zurzeit Gespräche mit der Familie Reicheneder gäbe, die ihres Erachtens durchaus gesprächsbereit wäre, zumal sich die Situation auf den Umsatz auswirke.

Landrat Trapp bemerkt, die Betreiber seien heute anwesend. Die Mitarbeiter des Landratsamtes hätten immer wieder Gespräche mit den Betreibern geführt. Auch das oft unangemessene Vorgehen des Sicherheitsdienstes sei dabei angesprochen worden. Wie im Bescheid festgestellt wurde, habe das Ordnungspersonal die Tätigkeit der Polizei sogar teilweise noch zusätzlich erschwert. Vielfach sei nicht versucht worden, auf die jeweiligen Kontrahenten beruhigend einzuwirken. Stattdessen sei die Situation durch unangemessenes hartes körperliches Eingreifen noch erschwert worden.

Landrat Trapp betont, der Betreiber sei nun einmal für die Sicherheit im Umfeld der Diskothek verantwortlich und müsse dafür geeignetes Personal einstellen.

Nina Huber, Berufsschule Dingolfing, meint, dass viele unter der verkürzten Sperrzeit leiden müssten. Sie selbst sei noch nicht 18 Jahre alt und hätte zwei Stunden auf ihren Ausweis warten müssen.

Landrat Trapp sieht darin ein Versagen des Betreibers, der offensichtlich unfähig sei, dies zu organisieren. Damit müde er seinen Gästen einiges zu.

Landrat Trapp sagt, es habe viele Reaktionen auf die Sperrzeitverkürzung gegeben. Vor allem aus dem Umfeld von Geschädigten hätte er dabei viel Zuspruch bekommen. Ihm liege sehr daran, dass alle zufrieden sind. Es gehe aber nicht an, dass Menschen verletzt werden, gar nicht zu reden von den Sachbeschädigungen.

Kreisrat Beer bemängelt, es sei immer die Rede davon, wie schlimm es wäre, bereits um drei Uhr nach Hause gehen zu müssen. Keiner frage nach denen, die verprügelt worden sind.

Der Veranstalter müsse dafür sorgen, dass niemand zu Schaden komme. Offenbar werde diese Verantwortung nicht wahrgenommen. Insofern finde er die Diskussion beschämend.

Nach Meinung von **Kreisrätin Trapp** habe der Betreiber die Situation zu verantworten und dadurch zugespitzt, indem ein Engpass bei der Ausgabe der Ausweise herbeigeführt wurde. Sie sehe die Sperrzeitverkürzung ähnlich wie einen Führerscheinentzug: Der Betroffene habe die Möglichkeit sich zu bewähren und bekomme dann eine neue Chance.

PHK Lehner hält das Einsammeln der Ausweise rechtlich überhaupt nicht für zulässig. Es gäbe andere Wege, um die Jugendschutzbestimmungen zu berücksichtigen.

Niklas Chrykos, Gymnasium Dingolfing, interessiert, ob die Straftaten durch die frühere Schließung des Atriums zurückgegangen sind.

PHK Lehner gibt zu bedenken, dass hier nur von zwei Wochenenden die Rede ist. An diesen zwei Wochenenden sei eine Körperverletzung registriert worden, was im Schnitt weniger wäre. Es sei aber nicht möglich, daraus auf einen längeren Zeitraum zu schließen.

Nach den Worten von **Nina Eberl, Gymnasium Dingolfing**, gehe es nicht darum, dass um drei Uhr Schluss sei, sondern um das entstehende Chaos. Sie regt an, den Betreiber Stellung nehmen zu lassen.

Ein Schüler meint dazu, ihm sei eine längere Öffnungszeit schon wichtig, da es sich ansonsten kaum rentiere, dort hinzufahren. Schließlich seien auch Kosten damit verbunden. Er glaube nicht, dass es in Bezug auf Schlägereien einen großen Unterschied mache. Vielmehr würde sich das ganze eher entzerren. So gingen jetzt alle auf einmal um drei Uhr.

Denise Wieslhuber, Gymnasium Dingolfing, legt dar, dass heute nicht mehr wie früher bereits um 8 Uhr, sondern erst um 11 Uhr fortgegangen werde. Um sein Geld ausnutzen zu können, sei daher eine längere Öffnungszeit schon wichtig.

Eine Schülerin der Realschule Landau, sieht das Argument, alle würden sich betrinken, für nicht haltbar. Wer sich betrinken möchte, schaffe dies auch bis drei Uhr. Außerdem seien die über 18jährigen für sich selbst verantwortlich und der Betreiber könne nicht auf jeden einzelnen aufpassen.

Dem entgegnet **PHK Lehner**, Zahlen würden belegen, dass ca. zwei Drittel der Straftaten zwischen drei Uhr und sechs Uhr passiert seien.

Landrat Trapp führt aus, der Betreiber einer Gaststätte habe auch Verantwortung für die Gäste. Dazu gehöre auch, den Alkoholausschank nicht unbedingt in die Höhe zu treiben.

Kreisrätin Ast empfiehlt den Jugendlichen, ihre Macht als Konsumenten auszunutzen, damit der Betreiber organisatorische Änderungen herbeiführt.

Jana Pfeifer, Gymnasium Landau, hat Verständnis dafür, wenn der Betreiber einen Denkkzettel erhalten soll. Vielleicht könnte man aber die Regeln verschärfen und bestimmte Auflagen erteilen, an die sich der Betreiber halten muss.

Landrat Trapp verdeutlicht, dass bereits Auflagen erteilt worden sind, vor allem auch im Hinblick auf die Security. Hätte das Ganze funktioniert, wären diese Auflagen nicht notwendig gewesen.

Maria Brennsteiner, Gymnasium Dingolfing, beantragt, Herrn Reicheneder in die Diskussion einzubeziehen und ihn Stellung nehmen zu lassen.

Noufal Adam, Berufsschule Dingolfing, schlägt vor, dass sich Security und Polizei zusammensetzen und besprechen, wie es generell funktionieren soll. Er sehe keine Schuld beim Betreiber. Das Problem mit den Ausweisen sei erst durch die Sperrzeitverkürzung aufgetreten. Darauf konnte sich der Betreiber nicht wirklich vorbereiten.

Ein Antrag auf Schluss der Debatte wird mehrheitlich abgelehnt.

Ein Schüler des Gymnasiums Dingolfing, vertritt die Auffassung, dass im Hinblick auf Schlägereien auf dem Netto-Parkplatz eine Kamera installiert werden sollte. Die Sicherheitskräfte des Atriums könnten schließlich nicht bis nach Hause hinterherlaufen. Wenn die Security Schlägereien mitbekomme, sollte sie aber auch eingreifen.

Laut **Landrat Trapp** gehe es darum, dass vorhandene Normen von den Verantwortlichen eingehalten werden. Er appelliert auch daran, die Polizei nicht zu überfordern. Eine Disko sollte in der Lage sein, einen reibungslosen Betrieb ohne Polizeieinsatz zu organisieren. Es läge in der Verantwortung jedes Gaststättenbetreibers, für die Sicherheit seiner Gäste im Lokal und auch beim Verlassen des Lokals zu sorgen.

Noufal Adam, Berufsschule Dingolfing, meint, der Betreiber sei nicht mehr verantwortlich, sobald eine Person das Gelände der Disko verlassen habe. Dafür könne er nicht zur Rechenschaft gezogen werden.

PHK Lehner verweist auf die sogenannte „Garantenstellung“, die bedeute, dass jemand aufgrund seiner Stellung eine besondere Verantwortung trage, auch für das, was danach passiere. Bei Eltern sei dies in der Rechtsprechung erschöpfend geregelt. Es gäbe aber auch eine gewisse Garantenstellung der professionell Tätigen für ihre Gäste, die noch bei Verlassen des Lokals wirken könne.

Landrat Trapp unterstreicht ebenfalls, dass der Betreiber durchaus für das, was vor der Tür passiere, verantwortlich sei.

Nina Eberl, Gymnasium Dingolfing, glaubt, dass die Statistik, wonach die Schlägereien gehäuft zwischen drei und sechs Uhr passieren, falsch gesehen wird. Sobald die meisten früher heimgingen, kämen eben auch die Schlägereien früher vor. Sie bittet um eine Stellungnahme des Betreibers.

Landrat Trapp stellt fest, es sei bei Kreistagssitzungen unüblich, jemand das Wort zu erteilen. Er lasse dies heute ausnahmsweise zu.

Severin Forstner, Gymnasium Landau, versteht nicht, weshalb die Verantwortung so stark beim Betreiber gesucht werde. Jeder Bundesbürger bezahle Steuern und habe damit ein Recht darauf, sich sicher fühlen zu können. Ihm sei aus eigener Erfahrung bekannt, dass zum Beispiel bei manchen Fußballspielen eine große Zahl von Polizisten nur herumstehe. Dann die Aussage zu treffen, es gäbe nicht genügend Polizisten, halte er für unsachlich.

Nina Huber, Berufsschule Dingolfing, hält es für schwierig, den Veranstalter dafür verantwortlich zu machen, wenn Leute zu viel trinken. Sie habe selbst hinter der Theke gearbeitet und man könne häufig nicht erkennen, ob jemand betrunken sei. Diese Kontrolle sei in einer Disko äußerst schwierig.

PHK Lehner verweist darauf, dass es auch außerhalb des Atriums Vorfälle gibt, die die Hilfestellung der Polizei erfordern, wie z. B. Verkehrsunfälle. Die Zuständigkeit der Polizeiinspektion Dingolfing erfasse das Gebiet der Stadt Dingolfing und des Altlandkreises Dingolfing. Alle Bewohner hätten das gleiche Recht, auf die Polizei zurückzugreifen.

Auf Frage von Landrat Trapp antwortet **PHK Lehner**, die Besetzung der Nachtschicht sei auf die Einwohnerzahl und die sonstigen, wiederkehrenden Ereignisse ausgerichtet.

Saskia Helmstedt, Gymnasium Landau, schlägt vor, den Ausschank alkoholischer Getränke auf vier Uhr zu begrenzen, die Öffnungszeit aber bei fünf Uhr zu belassen. Bis dahin wäre dann vielleicht wieder mehr Nüchternheit vorzufinden und die Situation könnte sich bessern.

Landrat Trapp erwidert, das Landratsamt wäre froh gewesen, wenn sich Herr Reicheneder in der Vergangenheit auf Ausschankbeschränkungen eingelassen hätte.

Lisa Feuchtgruber, Gymnasium Dingolfing, meint, es habe sich am Freitag um eine Ausnahmesituation gehandelt. Hier sollte eine andere Regelung gefunden werden. Vielleicht wäre es hilfreich, wenn Personen erst ab 18 Zutritt hätten. Von einer Beschränkung bei der Ausgabe von Getränken halte sie nichts, da der Betreiber dann keinen Gewinn mehr mache.

Ein Antrag auf Ende der Rednerliste und auf Worterteilung an Herrn Reicheneder wird mehrheitlich angenommen.

Landrat Trapp erteilt Herrn Reicheneder das Wort.

Wie **Herr Reicheneder** ausführt, müsse bei der Zahl der Verletzungsdelikte auch die Verhältnisse betrachtet werden. In dem beschriebenen Zeitraum, d.h. von Anfang Januar bis Ende August, habe das Atrium 55.000 Besucher gezählt. Die Vorfällequote liege im Verhältnis dazu bei 0,08 %. Ein bundesweiter Vergleich zeige deutlich höhere Zahlen.

Selbstverständlich sei aber jeder Vorfall bedauerlich.

Herr Reicheneder betont, er habe sich nach dem letzten Gespräch im Landratsamt sehr schnell um eine neue Security bemüht. Die Personenwächter machten aus seiner Sicht einen guten Job. Dass eine Verkürzung der Sperrzeit auf drei Uhr angesichts der großen Anzahl von Gästen zu einem Chaos führen würde, war ihm von vornherein klar. Er habe deshalb das Landratsamt wenigstens um eine halbe Stunde Aufschub gebeten.

Bezüglich der Ausweise erklärt Herr Reicheneder, dass diese selbstverständlich alphabetisch sortiert seien und am Freitag vier Leute zur Ausgabe eingesetzt gewesen seien. Die Kritik des Landratsamtes, der Betreiber würde scheinbar die Polizei als Verstärkung der Security sehen, weist Herr Reicheneder zurück. Die Polizei werde nicht benötigt. Es gehe nur darum, dass die Polizei die Vorfälle aufnehme und weiter bearbeite. Zu den genannten Vorfällen möchte er feststellen, es sei im Vorfeld nicht ersichtlich, wann eine Schlägerei beginne und dann sei es bereits zu spät.

Herr Reicheneder betont, es gäbe im Vergleich zu früher trotz mehr Sicherheitskräften mehr Vorfälle. Die gesellschaftliche Entwicklung und die damit verbundenen Probleme müssten bei den Zahlen berücksichtigt werden.

Landrat Trapp erwidert, natürlich könnten Schlägereien nicht völlig verhindert werden. Nach Auffassung des Amtes werde aber in vielen Punkten zum Trinken animiert.

Landrat Trapp bemerkt, der Landkreis Dingolfing-Landau betreibe als einziger in diesem Ausmaß einen Diskobus mit erheblichen Zuschüssen. Junge Leute sollen ihren Spaß haben und wieder gut nach Hause kommen. Das Landratsamt wolle wirklich keine „Spaßbremse“ sein. Es sei aber notwendig gewesen, dem Diskobetreiber die „rote Karte“ zu zeigen, da einige Spielregeln nicht eingehalten würden. Er lasse sich nicht damit unter Druck setzen, dass die Auswirkungen der verkürzten Sperrzeit durch mangelnde Organisation des Betreibers noch verschärft würden. Die Schuld dafür könne nicht dem Amt angelastet werden. Es müsse gewährleistet sein, dass die Gäste des Atriums die Disko in einem angemessenen Zeitraum verlassen können.

Wenn das Ganze funktioniere, könne auch darüber nachgedacht werden, dass die Disko wieder bis fünf Uhr geöffnet werden darf. Im Bescheid sei vom Betreiber gefordert worden, für einen reibungslosen und ordnungsgemäßen Ablauf zu sorgen. Es werde nicht vorgeschrieben, wie viele Leute er dazu einstellen solle. Vielmehr werde jetzt erwartet, dass der Betreiber seinen Betrieb so organisieren könne, dass es zu keinen großen Problemen komme.

Ein Schüler beantragt, einen Kompromiss zu suchen.

Landrat Trapp erklärt, hier könne der Kreistag keine Entscheidungen treffen. Das Landratsamt sei eine zweigeteilte Behörde. Zum einen erfülle es staatliche Aufgaben, zum anderen kommunale Aufgaben. Zum kommunalen Aufgabenbereich gehörten zum Beispiel weiterführende Schulen, Kreisstraßenbau usw. Im staatlichen Bereich gehe es um den Vollzug von Gesetzen. Hier habe der Kreistag kein Weisungsrecht.

Die Sitzung wird von 10.12 Uhr – 10.35 Uhr zur Pause unterbrochen.

4. Photovoltaik auf Schuldächern - Zweckgebundene Verwendung der Erlöse

Jonas Arbinger, Realschule Landau, erinnert an die letzte Sitzung des Jugendkreistages, in der es geheißen hatte, die Einnahmen aus Photovoltaik würden in die SMV-Kasse fließen. Bisher hätte die Schule aber kein Geld erhalten.

Landrat Trapp möchte dieses Geld nach wie vor den Schulen zugute kommen lassen. Da es sich aber um eine Summe über 20.000 € handle, brauche er dazu eine Mehrheitsentscheidung des Kreisausschusses. Der Jugendkreistag sei in der letzten Sitzung um Vorschläge für die Verwendung der Mittel gebeten worden. Er habe sich auch mit einigen Schulleitern unterhalten. Momentan gäbe es folgenden Diskussionsvorschlag: Die Hälfte der jeweiligen Erlöse sollen der entsprechenden Schule zufließen, die andere Hälfte solle in einen Topf, der dann auf die Landkreisschulen (auch an die ohne Photovoltaik) entsprechend der Schülerzahlen aufgeteilt wird. Denkbar sei zum Beispiel der Kauf von Musikinstrumenten. Die Einnahmen belaufen sich derzeit auf

- 2.243 € an der Berufsschule Dingolfing
- 2.672 € an der Realschule Dingolfing
- 5.972 € am Förderzentrum Dingolfing
- 2.320 € an der Turnhalle der Realschule Landau
- 12.991 € am Gymnasium Landau.

Nach Meinung von **Nina Huber, Berufsschule Dingolfing**, könnten mit dem Geld auch die Kosten für das Mittagessen bedürftiger Schüler übernommen werden.

Kreisrätin Christine Trapp legt dar, dass noch Diskussionsbedarf bestehe. Nicht alle würden den Vorschlag unterstützen.

Landrat Trapp sagt, es gäbe auch einen Antrag der Jungen Bürger, das Geld für die Jugendsportförderung zu verwenden. In diesem Bereich wolle der Landkreis aufgrund einer neuen Bewertung 20.000 € mehr ausgeben. Seines Erachtens könne dieser Betrag aber aus dem normalen Haushalt bestritten werden. Er sei nach wie vor dafür, die Einnahmen aus der Photovoltaik den Schulen zur Verfügung zu stellen.

Kreisrat Beer empfiehlt, einen Antrag zu stellen, damit der Vorschlag im Kreistag mehr Gewicht habe. Er vertritt die Auffassung, es wäre gut für die Schulen, über einen bestimmten Betrag verfügen zu können, sei es für soziale Zwecke oder zur Gestaltung des Schullebens.

Kreisrat Brennsteiner wendet ein, dass dieses Geld den Jugendlichen über die Sportförderung genauso zugute käme. Die Schulen des Landkreises seien sehr gut ausgestattet.

Julia Klaus, Gymnasium Dingolfing, schlägt vor, mit den Einnahmen verstärkt sportliche Aktivitäten zu fördern. Die Schülerzeitung sei finanziell relativ gut ausgestattet. Weitere Mittel seien nicht unbedingt nötig.

Stefan Schrettenbrunner, Realschule Landau, sieht nicht ein, weshalb Schulen ohne Photovoltaik die Hälfte abgegeben werden soll.

Ein Antrag zur Geschäftsordnung auf Ende der Debatte wird mehrheitlich angenommen.

Jonas Arbinger, Realschule Landau, beantragt, dass die Einnahmen aus Photovoltaik bei den jeweiligen Schulen bleiben sollen.

Severin Forstner, Gymnasium Landau, beantragt, die Mittel auf alle Landkreisschulen aufzuteilen.

Landrat Trapp stellt den weiterreichenden Antrag zur Abstimmung:

2) **B e s c h l u s s**

Der Landkreis Dingolfing-Landau wird gebeten, ein System zu entwickeln, mit dem die Erlöse aus der Photovoltaik auf Schuldächern auf alle Schulen aufgeteilt werden.

Abstimmungsverhältnis: 55/46/9

Der Antrag ist angenommen

5. **Öffentlicher Personennahverkehr**

5.1 **Antrag des Gymnasiums Landau auf Änderung der Discobuslinie: Fahrt von Landau nach Dingolfing (Atrium)**

Benedikt Bauer, Gymnasium Landau, beantragt die Einrichtung einer Discobuslinie von Landau nach Dingolfing.

Wie **Dagmar Kraus, Landratsamt**, informiert, gibt es momentan vier Linien. Ein Bus koste pro Samstagabend 468 €. Im September letzten Jahres sei die Linie 4 (Niederviehbach – Dingolfing – Landau) wegen mangelnder Auslastung (7 – 10 Mitfahrern pro Abend) umgestellt worden. Durch die Umstellung der Linie hätten sich nun ca. 50 Mitfahrer pro Samstagabend ergeben.

Es sei schwierig, bei vier Linien jede Verbindung optimal zu gestalten. Eine Verbesserung der Verbindung Landau – Dingolfing hätte eine Verschlechterung der anderen Verbindungen zur Folge.

Landrat Trapp bemerkt, es gäbe auch im Landkreis Rottal-Inn einen Zubringerbus zu einer Diskothek, die aber der Betreiber selbst bezahle.

Benedikt Bauer, Gymnasium Landau, beantragt eine Verbesserung der Diskobuslinie von Landau nach Dingolfing.

3) **B e s c h l u s s**

Der Landkreis Dingolfing-Landau wird gebeten, die Diskobuslinie Landau – Dingolfing einzurichten bzw. zu verbessern.

Abstimmungsverhältnis: 55/42/13

Der Antrag ist angenommen

5.2 **Problematik von überfüllten Schulbussen, besonders in den Wintermonaten (Antrag Herzog-Georg-Schule Dingolfing)**

Laura Gerstenberger, Herzog-Georg-Schule, beantragt, in den Wintermonaten einen zusätzlichen bzw. einen größeren Bus einzusetzen.

Laut **Landrat Trapp** sei das Thema von überfüllten Schulbussen bereits in vielen Jugendkreistagen angesprochen worden. Es sei aber schwierig, Verbesserungen herbeizuführen. Dies liege darin begründet, dass es sich um öffentliche Linien handelt, die von den Busunternehmen betrieben werden. Im Linienverkehr bestünde auch das Recht, Stehplätze anzubieten, um den Anspruch auf Beförderung erfüllen zu können. Wenn nun auf

einer Linie mit zwei Bussen und höchstens 130 Fahrgästen ein weiterer Bus eingesetzt werden solle, müsste der Landkreis dafür eigene Mittel zur Verfügung stellen. Landrat Trapp betont, dass jedes Jahr Zählungen stattfinden, damit in den Bussen nicht mehr Schüler als zulässig befördert werden. Durch die Schultaschen sei es aber sehr eng und es komme dadurch zu Drängeleien. Die Situation sei sehr unbefriedigend.

Ein Schüler des Gymnasiums Dingolfing erhebt den Vorwurf, dass die Busfahrer trotz stehender Fahrgäste sehr schnell unterwegs sind. Eigentlich seien in diesem Fall doch nicht mehr als 60 Stundenkilometer erlaubt. Er sehe darin ein Sicherheitsrisiko.

Kreisrätin Christine Trapp sieht das eigentliche Problem darin, dass im Linienverkehr und damit bei der Schülerbeförderung Stehplätze zugelassen sind. Der Einsatz von zusätzlichen Bussen wäre eine freiwillige Leistung der jeweiligen Kommune. Insofern müsste eigentlich bei der Bundesgesetzgebung angesetzt werden.

Dagmar Kraus, Landratsamt, meint, dem habe sie eigentlich nichts hinzuzufügen. Die Busse seien bei Kontrollen entsprechend den gesetzlichen Regelungen nicht überfüllt. Teilweise werde durch Gespräche mit den Busunternehmen versucht, die Fahrten so umzulegen, dass sich bessere Lösungen ergeben.

Nina Eberl, Gymnasium Dingolfing, missbilligt diese Diskussion. Es sei doch keine weite Strecke zur Schule und daher jedem zuzumuten, während der Fahrt zu stehen. In der Schule sitze man ohnehin den ganzen Tag.

Wenn der Eindruck besteht, der Bus sei überfüllt, rät **Kreisrätin Ingrid Ast** dazu, die Fahrgäste zu zählen. Auf einem Schild vorne im Bus sei abzulesen, wie viele Stehplätze zugelassen sind. In Wallersdorf habe dies eine Umstellung bewirkt. Eine Überfüllung sollte unter Angabe der Buslinie und der Uhrzeit gemeldet werden.

Landrat Trapp ersucht ebenfalls, bei einer scheinbar unerträglichen Situation im Bus die Fahrgäste zu zählen und gegebenenfalls an Frau Kraus im Landratsamt Meldung zu erstatten.

PHK Lehner berichtet, dass auch die Polizei Kontrollen durchführt. Dazu gehöre insbesondere auch, die Geschwindigkeit, Lenk- und Ruhezeiten sowie die Ausstattung des Busses zu überwachen. Im Ergebnis sei festzuhalten, dass die Busse diesbezüglich in Ordnung sind.

Landrat Trapp stellt fest, jeder Bus habe einen Fahrtenschreiber, anhand dessen Aufzeichnungen die Geschwindigkeit nachvollzogen werden könne. Die Statistik über Schulwegunfälle werde sehr genau betrachtet. Es sei ein großes Anliegen der Staatsregierung und auch der Gesellschaft insgesamt, dass hier nichts passiert. So lange die Fahrgastzahlen nicht überschritten seien, könne nicht vorgegangen werden. Andererseits bitte er um Verständnis, wenn der Landkreis angesichts der enormen Kosten nicht einfach zusätzliche Busse beauftrage.

5.3 Busverbindungen Dingolfing-Frontenhausen (Antrag Gymnasium Dingolfing)

Zum Antrag des Gymnasiums Dingolfing auf eine Diskobuslinie nach Eggenfelden meint **Landrat Trapp**, den Einsatz eines Busses in einen anderen Landkreis aus Landkreismitteln könne er nicht unterstützen. Er könne sich nicht vorstellen, dass sich dafür eine Mehrheit in den Gremien finden würde.

6. Breitbandverbindung/Internet im Landkreis (Antrag Gymnasium Dingolfing)

Landrat Trapp erklärt, dass der Landkreis für die Breitbandversorgung nicht zuständig ist. Bei der Einführung der Breitbandversorgung sei davon ausgegangen worden, dies würde alleine der Markt regeln. Wie sich gezeigt habe, gelte dies nur in den Städten, wo damit verdient werden könne, nicht aber auf dem flachen Lande. Deshalb habe es Initiativen der Staatsregierung gegeben, für deren Vollzug die Gemeinden zuständig seien.

Der Vorschlag an die Bürgermeister, der Landkreis könne eine Koordinierungsfunktion übernehmen, sei abgelehnt worden. Die Problematik, vor allem auch für Unternehmen, die das Breitbandinternet dringend benötigen, werde durchaus gesehen. Die Kosten seien allerdings enorm und die Gemeinden müssten es im Endeffekt finanzieren. Manche Gemeinden, wie Dingolfing oder Loiching, hätten bereits Breitbandversorgung, andere Gemeinden stünden dagegen noch weit hinten. Die Politik rede immer von gleichen Rahmenbedingungen, die aber dann für alle gelten müssten.

Landrat Trapp erwähnt, dass er Wirtschaftsminister Zeil, der zum Neujahrsempfang des Landkreises am 13. Januar eingeladen sei, darauf ansprechen werde.

Frau Beutlhauser, Wirtschaftsförderin, berichtet, es sei eine Befragung gemacht worden, wie die Versorgung in den einzelnen Gemeinden eingeschätzt werde. Dabei sei zwischen Privathaushalten und Gewerbe unterschieden worden, da Unternehmen aufgrund wesentlich höherer Datenmengen einen größeren Bedarf hätten.

Speziell in Mengkofen habe die Gemeinde angegeben, dass die Breitbandversorgung sowohl in Privathaushalten als auch bei den Unternehmen bei 60 % liege. Die Gemeinde habe sich allerdings auch dahingehend geäußert, dass keine weiteren Schritte eingeleitet werden, um die Situation zu verbessern. Begründet werde dies mit dem Warten auf den LTE-Ausbau. Dabei handle es sich um eine Funklösung.

Frau Beutlhauser betont, die Gemeinden könnten nur über Fördermöglichkeiten aufgeklärt und die Sensibilität erhöht werden. Die Entscheidung liege aber letztlich bei den Gemeinden selbst. Vorreiter sei die Gemeinde Loiching, die eine 95%ige Versorgung habe, aber eine 100%ige Versorgung anstrebe. Dieses Ziel sei mit den verschiedenen Techniken, die es mittlerweile gäbe, durchaus zu erreichen.

Nina Huber, Berufsschule Dingolfing, beklagt, dass entsprechende Initiativen der Jung-SPDler nicht beachtet worden seien. Der Bürgermeister (Mengkofen) habe bei Terminanfragen immer auf später vertröstet.

Landrat Trapp stellt fest, die Anbieter der Breitbandversorgung seien wirtschaftlich orientiert und in Bereichen mit Streusiedlung werde sich eine Investition nicht amortisieren. Die Unterstützung seitens der Politik sei daher dringend erforderlich. Entsprechende Förderprogramme seien mittlerweile ausgelaufen. Es könne nur an die Gemeinden appelliert werden, hier mehr zu investieren.

Severin Forstner, Gymnasium Landau, empfiehlt als Übergangslösung die Nutzung von Satelliten-DSL. Dies funktioniere auch dort, wo es keine Glasfaserverkabelung gäbe.

Frau Beutlhauser erläutert zur angesprochenen Situation in Mengkofen, dass hier ein LTE-Knotenpunkt erwartet werde, mit dem die Gesamtfläche von Mengkofen versorgt werden könnte. Sie habe dazu bereits Unterlagen gesehen. Demnach solle der Ausbau im April begonnen werden. Sowohl Vodafone als auch Telekom hätten den Ausbau angetrieben. Ihres Erachtens dürfte innerhalb eines Jahres mit der Fertigstellung zu rechnen sein. Auf entsprechende Nachfragen könnte man auch eine Antwort erhalten. Bezüglich des Satelliten-DSL gibt sie zu bedenken, dass hohe Kosten für den Verbraucher damit verbunden sind.

Nina Eberl, Gymnasium Dingolfing, schließt daraus, dass bereits das Bestmögliche in die Wege geleitet wird. Sie sehe daher keine weitere Veranlassung für eine Diskussion.

Der Antrag auf Schluss der Debatte wird vom Jugendkreistag einstimmig angenommen.

7. Antrag auf Bau einer Turnhalle für die Herzog-Georg-Schule

Laura Gerstenberger, Herzog-Georg-Schule, sagt, dass der Sportunterricht an der Grundschule St. Joseph stattdessen stattfinden und die Schüler dazu mit dem Bus transportiert werden müssten.

Sie beantragt deshalb die Errichtung einer eigenen Turnhalle für die Herzog-Georg-Schule.

Kreisrat Brennsteiner wirft die Frage auf, wie die Auslastung beim Gymnasium und der Realschule ist.

Laut **Landrat Trapp** müsse, bevor eine Turnhalle gebaut werden dürfe, der Bedarf nachgewiesen werden. In seiner Amtszeit seien 11 Sporthalleinheiten gebaut bzw. generalsaniert worden.

Nina Huber, Berufsschule Dingolfing, hält Sportförderung für wichtig. Es stellt sich aber die Frage, ob dafür gleich der Bau einer neuen Turnhalle notwendig sei.

Severin Forstner, Gymnasium Landau, beantragt, den Bedarf zu prüfen.

Landrat Trapp stellt die Anträge zur Abstimmung:

4) B e s c h l u s s

Der Landkreis Dingolfing-Landau wird gebeten, eine Sportstätte für die Herzog-Georg-Schule zu errichten.

Abstimmungsverhältnis: 55/5/50
Der Antrag ist abgelehnt

5) B e s c h l u s s

Der Landkreis Dingolfing-Landau wird gebeten, den Bedarf für die Errichtung einer Sportstätte an der Herzog-Georg-Schule zu prüfen.

Abstimmungsverhältnis: 55/55/0
Der Antrag ist angenommen

8. Rechtsradikalismus im Landkreis

8.1 Erfahrungsberichte

Wie **Landrat Trapp** eingangs ausführt, habe es im Landkreis in den 90er Jahren eine rechtsradikale Szene gegeben, die auch vom Verfassungsschutz überwacht worden sei. In letzter Zeit sei es aber aus seiner Sicht relativ ruhig geworden.

Seiner Erfahrung sei, so Landrat Trapp, dass vor allem Jugendliche, die aus irgendwelchen Gründen scheitern, sehr schnell in eine Gesellschaft mit falsch verstandener Kameradschaft und Feindbildern geraten. In der katholischen Jugend gäbe es einen Arbeitskreis, der sich mit diesen Dingen beschäftige.

Landrat Trapp bittet die Jugendlichen, ihre Erfahrungen mitzuteilen.

PHK Lehner sagt, der Extremismus, egal in welche Richtung, betreffe auch die Polizei. Rechtsradikale Schmierereien oder verbotene Handlungen, wie z.B. der Hitlergruß würden von der Polizei verfolgt. Es sei für die uniformierte Polizei aber beinahe unmöglich, Beobachtungen in organisierten Gruppen zu machen. Es sei deshalb wichtig, auf diesem Gebiet Informationen zu erhalten. Auch die Kripo Landshut, wäre darauf angewiesen.

Saskia Helmstedt, Gymnasium Landau, sagt, sie sei bereits das 5. Mal im Jugendkreistag. Aus dieser Erfahrung heraus vertrete sie die Auffassung, dass eine Diskussion über dieses Thema letztendlich nichts bringe. Sie beantragt daher Schluss der Debatte.

Landrat Trapp bittet um Fairness gegenüber den Antragstellern. Ihnen sollte Gelegenheit gegeben werden, das Ganze aus ihrer Sicht darzustellen. Es wäre falsch, das Thema totzuschweigen und sich damit dem Vorwurf auszusetzen, man verschließe die Augen davor.

Saskia Helmstedt, Gymnasium Landau, beantragt Ende der Rednerliste.

Der Antrag wird vom Jugendkreistag mehrheitlich abgelehnt.

Julia Klaus, Gymnasium Dingolfing, glaubt, dass viele über bestimmte Handlungen nicht weiter nachdenken. Ihr seien von der Schule in Dingolfing keine ernsthaften, tatsächlich politisch motivierten Probleme bekannt.

Severin Forstner, Gymnasium Landau, erwähnt, dass vor nicht allzu langer Zeit an der Schule – während der Aktion „Schule gegen Rassismus“ - Hakenkreuzschmierereien aufgetaucht seien. Seines Erachtens handelte es sich dabei aber eher um einen „Dumme-Jungen-Streich“ als um eine politisch motivierte Tat. Eine fundierte Szene existiere seiner Meinung nach nicht.

Maria Brennsteiner, Gymnasium Dingolfing, sieht zum Thema Rechtsradikalismus keine Auffälligkeiten im Landkreis. Sie findet daher einen Antrag auf Ende der Debatte für richtig.

Nina Eberl, Gymnasium Dingolfing, hält das Thema durchaus für wichtig. In dieser Runde könne aber momentan nichts dagegen getan werden. Bei Auffälligkeiten könne man sich an die Vertrauenslehrer oder auch die Polizei wenden.

Moritz Glükher, Gymnasium Landau, kritisiert, die Aufklärung im Geschichtsunterricht sei nicht ausreichend. Die Gräueltaten solle man den Schülern erzählen und näherbringen. Dazu könnten auch Personen, die das Ganze miterlebt haben, einbezogen werden. Die Problematik werde unterschätzt. Einige ließen sich von Parolen der NPD und anderer politischer Parteien ködern und wüssten gar nicht, was genau dahinter stecke.

Denise Wieslhuber, Gymnasium Dingolfing, teilt die Auffassung, das Thema würde tabuisiert, nicht. Im Geschichtsunterricht sei dieser Irrsinn ein halbes Jahr lang sehr wohl angesprochen und verdeutlicht worden.

Nach Meinung von **Nina Huber, Berufsschule Dingolfing**, ist das Thema gar nicht so weit weg. Eine rechtsextreme Gruppierung habe in Landshut einen Vortrag halten wollen. In ihrer Klasse an der Berufsschule Dingolfing würden sich Schüler mit „Heil Hitler“ begrüßen. Man stehe daneben und traue sich nicht, etwas dagegen zu sagen.

Auf Frage von **Landrat Trapp** antwortet **Nina Huber, Berufsschule Dingolfing**, dass ein Schüler anderer Herkunft auch angepöbelt werde. Im Hinblick darauf könne sie die Aussage nicht verstehen, im Landkreis gäbe es keine Probleme mit Rechtsextremismus.

Markus Greitl, Realschule Dingolfing, glaubt, dass viele Jugendliche doch noch sehr unwissend sind, was früher genau war. Viele könnte sich das heute nicht mehr vorstellen.

Severin Forstner, Gymnasium Landau, meint zu den Vorfällen in der Berufsschule, hier sei Zivilcourage gefragt. Die Klasse sollte sich zusammenschließen und deutlich machen, dass es so nicht gehe.

Die Information ist seines Erachtens an der Schule sehr gut. Sowohl in der 9. als auch in der 10. Klasse sowie in der Oberstufe werde das Thema behandelt. Auch eine Fahrt nach Dachau stehe dabei auf dem Programm. Jeder deutsche Staatsbürger sollte sich damit beschäftigen.

Wie **Landrat Trapp** sagt, sei er sehr stolz auf die junge Generation, die viel Zivilcourage zeige und sich für andere einsetze. Es gäbe nur wenige, die sozusagen „aus dem Ruder laufen“.

Landrat Trapp bedankt sich herzlich für den heutigen fairen Diskussionsstil und das Bemühen, etwas bewirken zu wollen. Er wünscht allen erholsame Weihnachtsferien und alles Gute im neuen Jahr.

Die Sitzung wird um 12.04 Uhr geschlossen.

Vorsitzender

Protokollführerin

Heinrich Trapp
Landrat

Erika Huber